

BESCHLUSS

GEGEN DEN SCHWARZEN FILZ IN BAYERN

Für mehr Transparenz
und klare Regeln



**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

LANDTAG BAYERN



BESCHLUSS

MEHR TRANSPARENZ UND KLARE REGELN GEGEN DEN SCHWARZEN FILZ IN BAYERN

Seit unsere Gründung machen wir BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN uns für Transparenz, Nachvollziehbarkeit und klare Regeln der politischen Akteure stark. Warum? Weil wir wissen, dass unsere Demokratie davon lebt, dass die Bürger*innen ihren gewählten Volksvertreter*innen vertrauen und damit auch den parlamentarischen Institutionen. Seit Jahrzehnten wird dieses Vertrauen immer wieder erschüttert – maßgeblich liegt das in Bayern an der CSU. Von der Amigo-Affäre um den damaligen Ministerpräsidenten Streibl, über die Caritas- oder LWS-Affäre bis hin zur bekannten Verwandtenaffäre: All das hat das Vertrauen in Politik erschüttert.

Momentan erlebt unser Land die Korruptions-Affäre der Union, bei der es u.a. um die Maskenbeschaffung geht, bei der durch die Verquickung von privaten Interessen mit der Wahrnehmung politischer Aufgaben bis hin zu möglicher Korruption Vertrauen verspielt wird. Sich an der Not aller zu bereichern, ist verwerflich und zeigt, dass in dieser Parteienfamilie bei mehreren keinerlei Anstand vorhanden ist. Jeder einzelne Lobbyismus-Skandal ist einer zu viel.

Die CSU hat offensichtlich ein Haltungsproblem. Die Vielzahl und das Ausmaß an Affären offenbart ein Politikversagen in der CSU (und ihrer Schwesterpartei CDU). Wir Grüne wissen, dass der Austausch von Politik und Interessenvertreter*innen wichtig für eine funktionierende Demokratie ist. Wir schätzen diesen Austausch sehr für unsere parlamentarische Arbeit. Externer Sachverstand und unterschiedliche Interessen müssen in der Demokratie zu Wort kommen. Auch die Weitergabe von Informationen von Abgeordneten aus ihren Stimmkreisen an die Staatsregierung ist hilfreich, jedoch darf daraus kein geldwerter Vorteil für Abgeordnete erfolgen. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass die Beteiligung und Expertise an Gesetzgebungsprozessen endlich nachvollziehbar und transparent wird. Gerade in einer Pandemie, wo vieles schnell gehen muss, schaffen Transparenz und Nachvollziehbarkeit Vertrauen in politische Entscheidungen.

Ohne eine persönliche und politische Haltung der Abgeordneten ist kein Staat zu machen. Wir mussten in den letzten Jahrzehnten mehrfach die schmerzliche Erfahrung machen, dass immer wieder Menschen mit Macht aus einem kulturellen Selbstverständnis heraus denken, sie könnten mit dieser Macht alles machen. Diese schwarzen Affären und Skandale schaden den vielen rechtschaffenden Abgeordneten und bringen Politik als Ganzes in Verruf. Wir begrüßen deshalb die aktuelle öffentliche Debatte, weil sie die Chance bietet, endlich die ethischen Regeln auch konsequent zu verankern.

Wir sind überzeugt: Der Rahmen für Abgeordnete muss endlich strenger sein – dafür braucht es klare und scharfe Gesetze. Seit Jahrzehnten verweigert sich die CSU in Bayern mehr Transparenz, Nachvollziehbarkeit und Offenlegung politischer Interessenvertretung. Der Freistaat Bayern schneidet beim "Lobbyranking" von Transparency International erneut schlecht ab – das ist politisch gewollt. Als Grüne Landtagsfraktion fordern wir gegen den schwarzen Filz in Bayern mehr Transparenz und verschärfte Regeln:

1) Vollständige und umfangreiche Aufklärung der aktuellen Vorwürfe

Die CSU muss schnellstmöglich die im Raum stehenden Vorwürfe aufklären und schleunigst für Transparenz sorgen. Deswegen fordern wir das bayerische Ministerium für Gesundheit und Pflege auf,

die Namen aller Abgeordneten öffentlich zu machen, die seit März 2020 im Zusammenhang mit der Beschaffung von Schutzmaterial oder weiteren pandemierelevanten Gütern gegenüber dem Ministerium in Erscheinung getreten sind und was daraus folgte. Die genannten Abgeordneten müssen anschließend öffentlich machen, ob und in welchem Umgang eine "Entschädigung", Provision oder Vermittlungsgebühr erfolgte. Im Falle abgeschlossener Geschäfte von Staatsministerien über pandemierelevante Güter eine Liste der beauftragten Firmen vorzulegen, der Gesundheitsminister muss schnellstmöglich dazu im Gesundheitsausschuss Stellung beziehen.

Die Aufklärung darf aber bei Verträgen rund um die Beschaffung von Schutzausrüstung nicht enden. Um das Vertrauen in die Politik wiederherzustellen sind sowohl die CSU wie auch die Staatsregierung aufgefordert vergangene Geschäfte auf den Prüfstand zu stellen. Unregelmäßigkeiten im Zusammenhang mit Nebentätigkeiten oder Empfehlungen von Abgeordneten müssen lückenlos aufgeklärt werden.

2) Schnelle Einführung eines Lobbyregisters für Bayern

Seit Jahren fordern wir Grüne ein Lobbyregister – auch für Bayern! Im Januar 2021 haben wir einen Gesetzentwurf für ein Lobbyregister in den Bayerischen Landtag eingebracht, welcher sich aktuell im parlamentarischen Verfahren befindet.

Lobbytätigkeit im politischen Bereich muss nach klar definierten Regeln erfolgen und für die Öffentlichkeit transparent sein. Alle Interessengruppen sollten – unabhängig von ihrer finanziellen Ausstattung – gleiche Zugänge zu Abgeordneten und zur Regierung haben. Deswegen wollen wir, dass sich alle Akteur*innen, die Interessenvertretung gegenüber dem Landtag (inklusive seiner Organe, Gremien, Mitglieder*innen oder Fraktionen) oder der Staatsregierung betreiben, in ein öffentliches Lobbyregister beim neu zu schaffenden Landesbeauftragten für politische Interessenvertretung eintragen. In einem Lobbyregister nach unserem Vorschlag wird auch transparent, wenn Personen, die sich als Lobbyisten betätigen, kurz vorher oder aktuell Abgeordnete oder Teil der Staatsregierung waren oder sind. Erst nach erfolgreicher Registrierung in dem verbindlichen Lobbyregister soll den Interessensvertreter*innen Zugang zu Abgeordneten und zur Exekutive eingeräumt werden. Dieser Zugang wird anschließend dokumentiert und so transparent.

3) Nutzung eines Legislativen Fußabdrucks für Bayern

Im Januar 2021 haben wir Landtags-Grüne einen Gesetzentwurf für einen legislativen Fußabdruck in das parlamentarische Verfahren eingebracht.

Denn neben der Frage, wer auf politische Entscheidungsprozesse Einfluss nimmt, stellt sich auch die Frage, wie darauf Einfluss genommen wird. Mit dem legislativen Fußabdruck werden parlamentarische Verfahren transparent: Es wird dokumentiert, wie und von wem welche Maßgabe ihren Weg ins Gesetz gefunden hat. Dokumentationspflichtig sind nach unserem Vorschlag alle schriftlichen Äußerungen, insbesondere Stellungnahmen, Gutachten, Anliegen, Anschreiben oder Positionspapiere, zu einem konkreten legislativen Vorhaben, die auf den Landtag oder die Staatsregierung inhaltlich Einfluss genommen haben oder Anregungen gegeben haben. Der legislative Fußabdruck ist benutzerfreundlich und barrierefrei auf der Homepage des oder der Landesbeauftragten für politische Interessenvertretung zu veröffentlichen.

Um es deutlich zu machen: Das Lobbyregister und der legislative Fußabdruck sind kein "Strafrecht light". Sie setzen Lobbyist*innen nicht unter Generalverdacht. Lobbyregister und legislativer Fußabdruck geben der Öffentlichkeit vielmehr die Möglichkeit zu erkennen, wie und von wem Entscheidungen und Gesetze beeinflusst werden. Die Black-Box wird somit zur Clear Box.

4) Konsequente Änderungen im Abgeordnetengesetz

2013 hat die Grüne Landtagsfraktion schon mal einen Vorstoß in den Landtag eingebracht, um schärfere Regeln im Abgeordnetengesetz zu verankern. Dieser wurde von der CSU abgelehnt. Wir lassen nicht locker und fordern, dass in Zukunft alle Abgeordneten bei der Präsidentin melden müssen, wenn sie mit Staatsregierung oder Ministerien Geschäfte machen oder von Geschäften Dritter mit dem Freistaat unmittelbar profitieren z.B. durch eine Provision für eine Vermittlungstätigkeit. Genauso erfasst werden müssen auch Geschäfte mit Unternehmen, an denen der Freistaat wesentlich beteiligt ist.

Die Nebentätigkeiten der Abgeordneten müssen künftig auf Euro und Cent – und nicht wie bisher in Stufen – veröffentlicht werden. Auch für Unternehmensbeteiligungen, geldwerte Vorteile und Aktienoptionen von Abgeordneten fordern wir strikte Regeln. Für Abgeordnetentätigkeiten darf es keine Gegenleistungen geben – derartige Lobbymethoden mit finanziellen Anreizen müssen verboten werden. Die Grenze für geldwerte Zuwendungen wollen wir absenken. Außerdem brechen wir das Anwaltsprivileg auf – es darf keine Ausnahme für Rechtsanwält*innen von der Transparenzpflicht wie bisher geben. Beim Geheimnisschutz muss zumindest die Branche genannt werden. Es muss verpflichtende Sanktionen bei Verstößen gegen die Pflichten geben.

5) Karenzzeit für Regierungsmitglieder auf drei Jahre einführen

Wir wollen den Wechsel von Regierungsämtern in die Wirtschaft klar regeln, indem wir die Karenzzeit für Regierungsmitglieder in Bayern auf drei Jahre einführen und so Interessenskonflikte verhindern. Anders als im Bund gibt es hierfür in Bayern noch gar keine Regelungen. So konnte der ehemalige Finanzminister Fahrenschohn (CSU) direkt auf seinen Posten als Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands wechseln. Im Jahr 2017 musste er von diesem Posten dann wegen einer Steueraffäre zurücktreten. Mit diesen konstruktiven Vorschlägen setzen wir uns weiterhin voller Kraft ein für mehr Transparenz und Kontrolle und gegen den schwarzen Filz in Bayern.

Katharina Schulze, MdL

Fraktionsvorsitzende

Innenpolitische Sprecherin

Stand: März 2021



KONTAKT

Katharina Schulze, MdB
Fraktionsvorsitzende
Innenpolitische Sprecherin

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Bayerischen Landtag
Maximilianeum, 81627 München

Tel. 089 4126-2773

katharina.schulze@gruene-fraktion-bayern.de
www.gruene-fraktion-bayern.de



**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

LANDTAG BAYERN

